

IM BRENNPUNKT: DIE REGIERUNGSKRISE IN ARGENTINIEN

Verliert die Macht, gewinnt die Demokratie

Die argentinische Präsidentin Cristina Kirchner hat einen neuen Kabinettschef. Ob sich aber auch ihr Regierungsstil ändert, ist fraglich.

Von Hans Moser, Buenos Aires

Einer seiner politischen Freunde verglich ihn mit dem Korken in einer Champagnerflasche. Wenn Alberto Fernández als Kabinettschef zurücktrete, so prophezeite er, werde einiges in Bewegung geraten. Jetzt ist der Zapfen ab, Fernández, einer der engsten Vertrauten von Präsidentin Cristina Kirchner und ihres Gatten, Amtsvorgängers und Mitregenten Néstor, hat tatsächlich demissioniert (TA vom Donnerstag), und es ist anzunehmen, dass schon bald weitere mehr oder minder hochrangige Regierungsmitglieder seinem Beispiel folgen werden. Zwar zögert die Staatschefin noch, aber ohne eine umfassende Kabinettsumbildung werden sie und ihre Regierung kaum aus dem Populärstief herausfinden, in dem sie nach ihrem monatelangen Zank mit den argentinischen Bauern um höhere Exportabgaben für Soja und Getreide stecken.

Entscheide in kleinem Kreis

Mit neuen Gesichtern allein ist es allerdings nicht getan. Cristina Kirchner wird auch ihren Regierungsstil ändern müssen, damit sie in der Bevölkerung wieder mehr Rückhalt gewinnt. Die Präsidentin hat in den ersten sieben Monaten ihrer Amtszeit wie zuvor schon ihr Mann jede Möglichkeit genutzt, auf Kosten gewaltenteilender Prinzipien die politische Macht zu personalisieren und zu konzentrieren. Von Kabinettsitzungen hält sie nichts, wichtige Entscheidungen im kleinen Kreis, mit Néstor Kirchner und ein paar weiteren Auserwählten. Weil die Opposition zer-splittert und dementsprechend schwach ist, glaubte sie, in strittigen Fragen bedenkenlos die Konfrontation suchen zu können. Widerspruch setzt sie schnell einmal mit Verrat gleich. Auch im Parlament: Als dort vor gut einer Woche Projekte für höhere Agrarzölle mit dem Stichtagscheid ihres Vizes Julio Cobos scheiterten, ging



BILD DIEGO LEVY/BLOOMBERG

Argentiniens Präsidentin Cristina Kirchner jüngst während einer Kundgebung auf der Plaza de Mayo in Buenos Aires.

sie nicht etwa selbstkritisch über die Bücher, sondern schob die Schuld an der Niederlage kurzerhand den Abtrünnigen in den eigenen Reihen in die Schuhe.

Damit kein Missverständnis entsteht: Die Kirchners sind nicht die schwarzen Schafe unter den Machthabern in Lateinamerika. Geht man von einem umfassenden Demokratieverständnis aus, bestehen nicht bloss in Argentinien Defizite. Rund 25 Jahre nach dem Zusammenbruch der Militärdiktaturen hat sich die Demokratie in Lateinamerika zwar weitgehend konsolidiert und auch in Krisenzeiten eine erstaunliche Belastbarkeit gezeigt. Als de-

mokratisch hoch entwickelt gelten bisher allerdings nur Chile, Costa Rica und Uruguay. In den übrigen Staaten lassen sich in unterschiedlichem Ausmass Tendenzen zu einer Abwertung der Institutionen erkennen: Das rechtsstaatliche Fundament ist schwach, Gewaltentrennung und -kontrolle sind beeinträchtigt, Präsidenten spielen sich als Caudillos auf, die Unabhängigkeit der Justiz ist eingeschränkt.

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass die Mehrheit der Bevölkerung auf dem Subkontinent ein zwiespältiges Verhältnis zur Demokratie hat, ihre Funktionsebene insgesamt kritisch bewertet.

Untersuchungen belegen, dass weniger als die Hälfte diese Herrschaftsform vorbehaltlos unterstützt. Viele Lateinamerikaner bezweifeln, dass demokratisch gewählte Regierungen willens und fähig sind, Armut, soziale Ungerechtigkeit und Kriminalität wirksam zu bekämpfen. Und ihre Unzufriedenheit mit den politischen Institutionen entlädt sich immer häufiger in Massenprotesten. Seit 1992 musste mehr als ein Dutzend Präsidenten unter dem Druck der Strasse vorzeitig zurücktreten - einer dieser Verjagten war im Dezember 2001 der damalige argentinische Staatschef Fernando de la Rúa. Die tradi-

tionellen Parteien gerieten in Misskredit, weil viele ihrer Repräsentanten die Institutionen verachteten und missbrauchten. In ihrer Enttäuschung über die etablierte Machtelite, die ihnen in Wahlzeiten das Blaue vom Himmel verspricht, in Tat und Wahrheit jedoch stets nur das Wohl der eigenen Klientel im Auge hat, wandten sich viele Lateinamerikaner Sammelbewegungen zu, die durch ethnische Identitäten, eine charismatische Führungspersönlichkeit oder neopopulistische Vorstellungen zusammengehalten werden.

Niemand will die Generäle zurück

So bedenklich das geringe Vertrauen des Volkes in die politischen Institutionen ist: Von einer akuten Bedrohung der Demokratie auf dem Subkontinent kann nicht die Rede sein. Es gibt zurzeit keine mehrheitsfähige System-Alternative zur Demokratie, ein Regimewechsel zu autoritären Herrschaftsformen erscheint unwahrscheinlich. Die Gründe für den Ende der 70er-Jahre einsetzenden Niedergang der Diktaturen und die (Re-)Demokratisierung der Region waren keineswegs einheitlich. In allen Fällen galt jedoch, dass die autoritären Regimes schliesslich nur noch auf eine schwache gesellschaftliche Unterstützung zählen konnten. Daran hat sich bis heute nichts geändert: Mögen die Leistungen der demokratisch gewählten Regierungen auch zu wünschen übrig lassen, an einer Rückkehr der Generäle sind nur wenige Lateinamerikaner interessiert.

Grösser ist das Risiko, dass Populisten mit einem ambivalenten Demokratieverständnis an die Macht gewählt werden. Politiker dieser Prägung vermögen im Volk kurzfristige Hoffnungen zu wecken, nachhaltige Entwicklungen sind von ihnen jedoch kaum zu erwarten. Als Baumeister einer gefestigten Demokratie in Lateinamerika empfehlen sich eher Pragmatiker wie die chilenische Präsidentin Michelle Bachelet, ihr uruguayischer Kollege Tabaré Vázquez und - mit Abstrichen - Brasiliens Staatschef Luiz Inácio Lula da Silva. Viele Argentinier wären wohl glücklich, wenn Cristina Kirchner einen ähnlichen Weg einschläge. Dazu müsste sie aber künftig mehr auf Dialog anstatt auf Konfrontation setzen und wohl auch stärker auf die Stimme der Vernunft als auf ihren polarisierenden Ehemann Néstor hören.

Treffen zur Zimbabwe-Krise

Windhoek. - Die erste Hürde auf dem Hindernislauf zur Beilegung der schweren Krise in Zimbabwe ist genommen. Mit zweitägiger Verspätung haben die Delegationen von Präsident Robert Mugabe und Oppositionsleiter Morgan Tsvangirai im benachbarten Südafrika die Verhandlungen aufgenommen. Das hat die südafrikanische Regierung, die seit Monaten in der Krise vermittelt, am Donnerstag bestätigt. Alles andere bleibt vertraulich: Der genaue Ort des Treffens wird geheimgehalten. Grundlage der Verhandlungen ist ein Rahmenabkommen, das Mugabe und Tsvangirai Anfang Woche unterzeichnet hatten. Es war das erste Zusammenkommen der beiden Rivalen seit Jahren. Der nachfolgende Händedruck - nach Monaten des politischen Tauziehens und einer blutigen Einschüchterungskampagne von Mugabes Regierung - wurde in der Region als historisches Ereignis begrüsst. Und als später Triumph der von allen Seiten kritisierten «stillen Diplomatie» des südafrikanischen Mediators Thabo Mbeki.

Einheitsregierung angestrebt

Ursprünglich hätten die Verhandlungen vergangenen Dienstag beginnen sollen, doch die Delegierten trafen erst in der Nacht zum Donnerstag in Südafrika ein - an Bord derselben Maschine, was als gutes Zeichen gewertet wurde. Mugabe hat zwei Minister als Unterhändler entsandt, Tsvangirais oppositionelle Bewegung für demokratischen Wandel (MDC) ist durch zwei Parteikollegen vertreten. In rund zwei Wochen - wenn möglich noch vor dem Gipfel der regionalen Staatengemeinschaft SADC Mitte August - sollten sie sich auf die Bildung einer nationalen Einheitsregierung einigen. Leicht wird das nicht sein. Beide Seiten behaupten, die Präsidentschaftswahl für sich entschieden zu haben. Sie sind sich uneins darüber, wie die Regierungsverantwortung zwischen Mugabe und Tsvangirai aufzuteilen sei und wie lange die angestrebte Koalitionsregierung im Amt bleiben sollte. (cda)

Die Uno befürchtet am Horn von Afrika eine Hungerkatastrophe

Die höheren Preise für Lebensmittel und Treibstoff belasten Afrikas Bevölkerung zunehmend. Im Westen des Kontinentes drohen Revolten, im Osten eine Hungerkatastrophe.

Von Christine D'Anna-Huber, Windhoek

Immer häufiger flammen in afrikanischen Grossstädten Proteste auf. Angesichts unerschwinglich gewordener Grundnahrungsmittel und kaum mehr erschwinglicher Transportkosten machen sich Hunger und Frustration breit. In Südafrika, wo bereits über vier Millionen Menschen unter der Armutsgrenze leben, blockierten am Mittwoch 25 000 Demonstranten das Stadtzentrum in Johannesburg, und der südafrikanische Gewerkschaftsbund Cosatu droht mit einem Generalstreik, falls die Regierung die explodierenden Preise für Esswaren, Strom und Benzin nicht unter Kontrolle bringe.

In Côte d'Ivoire streikten Minibus- und Taxifahrer, Arbeiter und Händler taten es

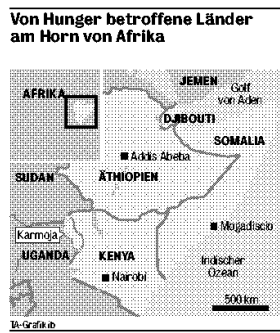
letzte Woche. Sie legten das öffentliche Leben in der Wirtschaftsmetropole Abidjan derart lahm, dass sich die Regierung von Laurent Gbagbo zu ausserordentlichen Massnahmen bewegen liess. Zur Beschwichtigung wurden die Preise von Diesel und Lampenöl gesenkt und der Lohn aller Minister um die Hälfte gekürzt.

Unzufriedenheit grassiert auch in Senegal, wo der Staat die Preise gewisser Grundnahrungsmittel per Gesetz zu fixieren versucht und Händler bestraft, die Reisvorräte horten. In Burkina Faso soll eine Medienkampagne die Bevölkerung dazu anhalten, ihre Lebensgewohnheiten zu ändern, bescheidener zu essen und öfter in Sammelzistern zu fahren. In Nigeria protestieren die Transportunternehmen. In einer neuen Studie sagt der internationale Währungsfonds voraus, dass die explodierenden Preise in vielen Entwicklungsländern bis zu 40 Prozent der Bevölkerung in den Hunger treiben würden.

Abhängigkeit von teuren Importen

Während Unmut und Preisrevolten in Westafrika die Regierungen in Bedrängnis bringen, spitzt sich in Ostafrika (siehe Karte) die Lage dramatisch zu. Eine unheilvolle Kombination aus anhaltender Dürre, bewaffneten Konflikten und höheren Transport- und Anbaukosten verringert die bereits ungenügende Eigenproduktion und verschärft die Abhängigkeit von immer teureren Importen und Hilfsgütern. In Somalia ist der Reispreis von Anfang 2007 bis Mai 2008 laut der britischen Hilfsorganisation Oxfam um 250 Prozent angestiegen, in Äthiopien kostet der Weizen heute mehr als doppelt so viel wie vor sechs Monaten.

Das Uno-Welt ernährungsprogramm befürchtet eine Hungerkatastrophe am ganzen Horn von Afrika. In Somalia, Äthiopien, Eritrea, Djibouti, im Norden Kenyas und im Nordosten Ugandas sind in den kommenden Monaten über 14 Millionen Menschen dringend auf Lebensmittelhilfe angewiesen. Das Hilfswerk benötigt dafür bis Ende Jahr 254 Millionen Euro.



Der erste Auftritt des «Kronprinzen» in Delhi fällt durchgezogen aus

Von Rahul Gandhi erwarten die Inder, dass er die dynastische Saga fortsetzt. Noch scheint die Rolle etwas gross.

Von Oliver Meiler, Singapur

Bei der Feuerprobe haben die Gegner so lange gebrüllt, bis der Parlamentsvorsitzende Erbarman zeigte und die Sitzung unterbrach. Es war kurz vor Mittag in Delhi, mitten in der turbulenten Debatte über Indiens Nuklearabkommen mit Amerika, als sich Rahul Gandhi von den Banken der regierenden Kongresspartei erhob, begleitet von hämischen Chören der Opposition, um die wichtigste Rede seiner jungen Karriere zu halten. Neben ihm sass seine Mutter, Sonia Gandhi, die Präsidentin der Partei. Sie war nervös.

Die Rede sollte von der Zukunft von Indien, von einem Generationenwechsel. Und sie sollte einen herzhaften Beweis dafür liefern, dass dieser Mann mit den jugendhaften Gesichtszügen, dem scheuen Lachen und dem Ruf eines bescheidenen Redners die Statur hat für grosse Aufgaben in einem grossen und komplexen Land. Dass er das Zeug hat zum Hoffnungsträger eines Milliardenvolkes, von dem drei Viertel noch jünger sind als er, der «Kronprinz». So nennt ihn die Presse.

Rahul Gandhi, 38, ledig, Sohn von Rajiv Gandhi, Premierminister von 1984 bis 1990, Enkel von Indira Gandhi, Premierministerin von 1966 bis 1977 und von 1980 bis 1984, und Urenkel von Jawaharlal Nehru, Premier von 1947 bis 1964, soll die Geschichte von Indiens mächtigster Dynastie fortzuschreiben. Irgendwann soll auch er Indien regieren. Die ganze Last des Namens liegt auf seinen Schultern. Und sie lag auch

auf seiner Zunge, als zur Rede anhub, die der gut gesintten «Times of India» staatsmännisch vorkommen sollte. «Ich habe entschieden», sagte er, «hier nicht als Parteipolitiker zu reden, sondern als Inder.» Dann erzählte Rahul Gandhi von seiner ausgedehnten Erkundungsreise durch das arme und ländliche Indien, die ihm in den letzten Monaten viel positive Öffentlichkeit gebracht hatte. Für den Abkömmling aus reichem Haus und hoher Kaste war die Wurzelsuche die erste wahre Konfrontation mit der harten Realität abseits der indischen Boom-Melungen.

Er erzählte vom Schicksal zweier Familien, die allen Widrigkeiten trotzen, um zu überleben. Er hat mit ihnen gegessen, hat sich mit ihnen auf den staubigen Boden ihrer Hütten gesetzt. Und er verband das Schicksal dieser Familien mit jenem einer Nation im Aufbruch, einer Nation, die neue Energiequellen brauche auf dem Weg zur globalen Wirtschaftsmacht - auch Kernkraft. Es waren schöne, einfache Bilder, die Gandhi an die Wände der Lok Sabha zeichnete.

Doch den Parlamentariern der Opposition stand der Sinn nicht nach einblühenden Bildern. Sie brüllten Zinsverrufler im Sekundentakt und brachten Rahul Gandhi aus dem Konzept. Sein Auftritt hatte keinen Rhythmus, keine Spannung, keinen Witz. Für eine Hauptrolle im theatralischen indischen Politbetrieb sind das schlechte Voraussetzungen. Wieder machte es den Anschein, als fühle er sich unwohl in seiner Rolle. Gandhi hatte sich nach seinem Wirtschaftsstudium in Übersee lange geziert, in die Politik zu wechseln. Er arbeitete stattdessen in der Computerbranche. Erst vor vier Jahren kandidierte er für einen Sitz im Parlament. Natürlich gewann er ihn. Unlängst machte ihn die Kongresspartei zum Generalsekretär. Zum Hoffnungsträger. Noch ist es eine schwache Hoffnung.



Rahul Gandhi.